

Strukturen und Mechanismen wirksamer Konfliktprävention Gewaltpräventive Lobbyarbeit in kirchlicher Trägerschaft

Ein Anforderungsprofil

Thomas Hoppe

Mein Statement beschränkt sich darauf, aus Sicht einer kirchlichen Organisation, nämlich der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*, zu skizzieren, welchen Beitrag Nichtregierungsorganisationen zu gewaltpräventiver Konfliktbearbeitung leisten könnten. Zu ersten Überlegungen in diese Richtung kam es angesichts der krisenhaften Entwicklung im Bereich der Großen Seen in Zentralafrika, die bei *Justitia et Pax* eingehend reflektiert und diskutiert wurde. Im März 1997 beschloß die Kommission dann zunächst, zu prüfen, ob und in welcher Weise sie sich dort mit dem Ziel engagieren könnte, bei der Eindämmung der Gewalt Hilfestellung zu leisten. Hintergrund für diese selbstgewählte Aufgabenbestimmung war auch die Erkenntnis der Ambivalenz, daß der Völkermord in Ruanda im Frühjahr 1994 durch eine gezielte Intervention möglicherweise hätte verhindert werden können, andererseits jedoch bewaffnetes Eingreifen häufig unsichere Erfolgsaussichten mit sich bringt und schon deswegen primär nach anderen Formen der Abhilfe Ausschau zu halten ist.

I. Zur Vorgeschichte

Die Themen »Frühwarnung« und »zeitgerechte Krisenintervention« waren zu diesem Zeitpunkt für *Justitia et Pax* nicht neu. Schon im März 1983 hatte die Kommission eine Studie in Auftrag gegeben, in der es um die Entwicklung von Indikatoren und Instrumenten für eine rechtzeitige Entdeckung krisenhafter sozialer und politischer Prozesse in der Dritten Welt ging. Seit Mitte der neunziger Jahre stand die Programmatik gewaltpräventiver Konzepte auf der Tagesordnung des Sachbereichs Frieden in der Kommissionsarbeit; sie wurde vor allem am Beispiel des Balkankonflikts eingehend untersucht. Schon hier hatte sich deutlich herauskristal-

liert, daß die Möglichkeiten von NGOs und insbesondere von Kirchen, konstruktiv auf ein konfliktives Geschehen einzuwirken, vor allem in den der Gewaltphase vorausgehenden bzw. den an sie anschließenden Handlungssequenzen aufzusuchen sein würden. Innerhalb eines bereits begonnenen Prozesses intensiver Gewaltanwendung erschienen die Spielräume für kirchliches Engagement, das auf den Verlauf dieser Phase signifikanten Einfluß ausüben könnte, als sehr begrenzt.

So lag die Arbeitshypothese nahe, daß es ebenso im Hinblick auf außer-europäische Krisen und Konflikte einen besonderen Akzent auf den Ausbau der Instrumente und Mechanismen gewaltpräventiver Einwirkung zu legen gelte. Allerdings war zusätzlich zu bestimmen, ob es Formen subsidiären Handelns von europäischen Partnerkirchen in solchen Situationen geben könnte, in denen Gewalt bereits verübt wird und die Handlungsmöglichkeiten der Kirchen vor Ort entsprechend beschränkt sind. Es sollte auch für den Fall fehlschlagender Präventionsbemühungen nach Möglichkeiten praktischer Solidarität mit den potentiellen bzw. aktuellen Opfern von Gewaltanwendung gesucht werden.

Rasch stellte sich heraus, daß eine direkte politische Einmischung europäischer Kirchen und kirchlicher Organisationen im afrikanischen Kontext problematisch, unter Umständen sogar kontraproduktiv sein könnte. Lobbyarbeit im Interesse einer Verhinderung von Gewaltanwendung außerhalb Europas könnte vielmehr in Europa selbst wichtig werden, weil nämlich die Bedeutung, die politischen Bemühungen europäischer Akteure um gewaltpräventive Einwirkung in Krisensituationen beigemessen wird, nicht nur erheblich vom Stellenwert des Themas in der öffentlichen Meinung abhängt; es ist auch davon bedingt, ob und zu welchem Zeitpunkt zivilgesellschaftliche Akteure, vor allem die Kirchen, an die Adresse der Politik ihre diesbezüglichen Erwartungen vermitteln. Hinzu kommt, daß Kirchen aufgrund ihrer Kontakte zu Partnerorganisationen in Krisengebieten über manches Informationspotential verfügen, das für eine zutreffende politische Lagebeurteilung erhebliche Bedeutung gewinnen kann.

Um praktische Möglichkeiten der Umsetzung eines solchen Konzepts für kirchlich getragene Lobbyarbeit zu untersuchen, hat sich deswegen bereits vor etwa zwei Jahren bei Justitia et Pax ein Gesprächskreis konstituiert, an dem auch Vertreter der kirchlichen Hilfswerke, der Missionsorden und anderer kirchlicher Einrichtungen beteiligt sind. Der Kreis

erarbeitet nicht nur ein genaues Anforderungsprofil für diese neue Form kirchlichen Lobbyings, sondern versucht auch differenziert zu bestimmen, welche kirchlichen Akteure für welche Aufgabenbereiche eine spezifische Kompetenz einzubringen haben und im Sinne eines netzwerkartigen arbeitsteiligen Verfahrens offensichtliche komparative Vorteile geltend machen können.

Es besteht unter den Mitgliedern des Arbeitskreises Konsens darüber, daß man das Ziel der Gewaltprävention nicht gewissermaßen isoliert verfolgen kann, sondern Fragen der Menschenrechtsverwirklichung, der Herstellung von mehr sozialer Gerechtigkeit wie der Förderung demokratischer, partizipativer innerstaatlicher Strukturen stets involviert sind; dies ergibt sich bereits aus dem Indikatorenraster, mit dem man heute über konfliktträchtige Tendenzen frühzeitigen Aufschluß gewinnen kann.

II. Aufgabenstellungen für gewaltpräventive kirchliche Lobbyarbeit

Im einzelnen ist zu klären, in welcher Weise mit zivilgesellschaftlichen Kräften in den jeweiligen Krisengebieten zusammengearbeitet werden kann, wenn es darum geht, sowohl zutreffende Informationen über die Situation vor Ort zu gewinnen wie politischen Interventionen der Ortskirchen, wo diese möglich sind, Nachdruck zu verleihen. Das Konzept der Partnerorientierung gilt es so umzusetzen, daß nicht nur kontraproduktive Formen der Einmischung vermieden werden, sondern auch eine Weise der Kooperation, die bei den beteiligten Partnern wie eine »Einbahnstraße« wahrgenommen werden könnte.

Spezifische Informationen, die den inhaltlichen »Mehrwert« des kirchlichen Lobbyings in erster Linie definieren, sollen allgemeine Informationslagen nicht nur ergänzen und konkretisieren, sondern vor allem die Perspektive erweitern, in der üblicherweise Analysen zum Zweck der Politikberatung abgefaßt werden. Maßgeblich muß die Spiegelung der Situation im Blickwinkel derer werden, die auf der Opferseite stehen bzw. zu stehen drohen. Möglichkeiten der Gegensteuerung in eskalationsträchtigen Situationen gilt es zu identifizieren und in Alternativszenarien zu bereits von der Politik beschlossenen Handlungsoptionen zu diskutieren. Vor allem wird es darauf ankommen, solche Informationen in

einer für politische Akteure handhabbaren Form zugänglich zu machen, z. B. als kürzere »Policy Papers«, denen erläuterndes Material beigegeben werden kann.

Methodisch schwierig ist regelmäßig der Umgang mit solchen Informationen, die längere Zeit vor dem Stadium einer akut drohenden Gewalteskalation gesammelt werden können. Sie sind nämlich hinsichtlich ihres Informationsgehaltes oft mehrdeutig, lassen also unterschiedliche Prognosen über die weitere Entwicklung zu. Wichtiger als Informationen über tatsächliche Sachverhalte, die einem konkreten Konflikt zugrunde liegen, kann überdies das Wissen darüber sein, wie dieser Konflikt von den Beteiligten wahrgenommen wird. Daraus ergibt sich, daß sogenannten Perzeptionsdaten, die über diese Wahrnehmungen Auskunft geben können, ein beträchtliches Gewicht zukommt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit hat die Kenntnis solcher Daten mit dazu beigetragen, daß in Südafrika ein vergleichsweise friedlicher Wandel möglich wurde, was angesichts des Ausmaßes an Gewalt während der Zeit der Apartheid mehr als außergewöhnlich zu nennen ist.

Neben dem primären Zweck, politisch Verantwortliche hierzulande und im benachbarten Europa zu einer rechtzeitigen Reaktion auf Warnungen vor eskalierenden Krisensituationen zu bewegen, zielt derartige Lobbyarbeit freilich weiter. Im Rahmen der angestrebten netzwerkartigen Struktur sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß kontinuierliche, länderspezifische Konflikt- und Entwicklungsanalysen bereitgestellt werden können. In ihnen muß es darum gehen, Fragestellungen der allgemeinen Entwicklungszusammenarbeit mit solchen der Gewaltprävention und der Förderung friedlichen politischen Wandels zusammenzuführen. Zu oft werden beide Themenstellungen noch separat behandelt, wobei der tiefgreifenden Gefährdung jeglicher Entwicklungsbemühungen durch Gewaltausbrüche nur unzureichend Rechnung getragen werden kann. Teil dieser gewissermaßen »entwicklungsstrategischen« Zielbestimmung, der es letztlich um eine Verbesserung der Erfolgsaussichten auch herkömmlicher Projektarbeit geht, ist es, die Aufmerksamkeit der Medien verstärkt auf Fragen einer frühzeitigen Wahrnehmung und Bearbeitung von Konfliktlagen zu richten. Die Chancen hierfür ließen sich durch eine Verstetigung und Systematisierung der Medienarbeit erheblich verbessern, indem z. B. für Ansprechpartner im Medienbereich aufbereitetes Material zu bestimmten Konfliktsituationen

bereitgestellt wird. Auch auf diese Weise ließe sich dazu beitragen, daß die Suche nach Strategien eines gewaltpräventiven Gegensteuerns öffentlich thematisiert und politisch eingefordert werden kann.

Der nahezu allumfassenden Aufgabe, kirchlicherseits eine präventive Politik zur Verhinderung von Not- und Gewaltsituationen zu unterstützen, stehen die begrenzten personellen und finanziellen Kapazitäten der Träger einer solchen Arbeit gegenüber. Sie wird auf absehbare Zeit eine gewisse Selektivität auch in der notwendigen politischen Lobbyarbeit erzwingen, die sich aus der geforderten Konzentration auf eine solide Informationsgewinnung und auch -bewertung ergibt. Entscheidungen darüber, welche Konflikte im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen sollen, müssen mittels eines Verfahrens erfolgen, das der Tendenz zur Orientierung lediglich an tagespolitischer Aktualität entgegenwirkt. Andererseits sind auch hier »perfektionistische« Lösungen weder möglich noch notwendig: Daß nicht im Blick auf sämtliche Konfliktzonen ein gleichermaßen intensives Informationsbeschaffungs- und -auswertungsprogramm durchgeführt werden kann, schmälert nicht den Wert solcher Aktivitäten dort, wo sie systematisch durchgeführt und politisch umgesetzt werden können.